

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Generaldebatte) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Ja zu Push-backs bei illegaler Einwanderung

Der gesamte europäische Raum ist mit illegaler Einwanderung konfrontiert. Österreich ist dabei im besonderen Ausmaß von dieser Masseneinwanderung betroffen.

Der Budgetdienst beziffert die finanzielle Belastung durch illegale Einwanderer allein für das Jahr 2022 mit sagenhaften 1,9 Milliarden Euro. 2019 beliefen sich die Ausgaben noch auf 1,5 Milliarden, und-dieses Jahr explodieren sie gar auf 2,6 Milliarden.

43 748-Asylanträge wurden von Jänner bis September 23 in Österreich gestellt.

Damit wird Ende des Jahres nach 2015 und 2022 der dritthöchste Wert an Asylanträgen zu Buche stehen, und jeder einzelne der Asyl Touristen wird das Budget weiter belasten.

Die Wiener Stadtpolitik spielt dabei eine außerordentlich große Rolle, da die in Wien praktizierte Sozialleistungspolitik an Einwanderer einen Pull-Faktor darstellt, der viele Personen aus der ganzen Welt in das Wiener Sozialsystem lockt.

Die Türkei setzt dabei Europa zusätzlich unter Druck, indem sie mittels „Push-Forwards“ operiert und damit die gesamte EU mit hohen Migrationszahlen belastet.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist es dringend notwendig, direkt an den EU-Außengrenzen aber auch an den österreichischen Staatsgrenzen Personen direkt zurückzuweisen, die praktisch keine Chance auf Asyl in der EU bzw. in Österreich haben.

In Form von sogenannten „Push-backs“ sollen so Menschen im Falle einer illegalen Einwanderung direkt an jenes Land überstellt werden, aus dem sie die Grenze nach Österreich überschritten haben.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass im Falle der illegalen Einwanderung von Personen, die keine Chance auf Asyl in Österreich haben, bis zur Einhaltung des Schengener Abkommens sogenannte Push-backs an der österreichischen Grenze durchgeführt werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

